

Auftrag :

1. Die Geburtenrate in der Schweiz liegt bei rund 1,3 Kindern. Diskutieren Sie in Gruppen über mögliche Massnahmen zur Hebung der Geburtenrate in der Schweiz.

2. Stellen Sie einen Massnahmenkatalog auf. Berücksichtigen sie u.a. folgende Aspekte:
 - Wohnverhältnisse
 - Finanzen (Steuerbelastung, Kinderzulagen)
 - Schulen
 - Arbeitstätigkeit der Eltern
 - Einwanderung

Als Quelle für die finanziellen Fragen nehmen Sie den folgenden Artikel zu Hilfe.

3. Vergleichen und kommentieren Sie Ihre Ergebnisse.

Dokument/Titel	Weniger Steuern für Familien
Untertitel	Verein Familie 3+
Quelle	© 2003 / Der Bund Freitag, 10.10.2003
Autor	INGRID HESS Gekürzte und bearbeitete Version von Ruedi Wälti

Weniger Steuern für Familien

INITIATIVE Der Verein «Familie 3 plus» hat gestern in Bern die Volksinitiative «Für die Familie Kinder sichern Zukunft» lanciert. Dem Komitee gehören nur Ehepaare mit drei oder mehr Kindern an. Sie verlangen bei der Bundessteuer einen Abzug von 13 000 Franken pro Kind. Mit einem Abzug von 15 000 Franken soll zudem der Wert der Erziehungsarbeit anerkannt werden. Weiter soll der Bund dafür sorgen, dass die steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare beseitigt wird. (sda)

Mehr Kinder - weniger Steuern

Mittels Volksinitiative wollen kinderreiche Familien die Geburtenrate steigern

Wer Kinder hat, soll die Kosten, die diese verursachen, von den Steuern abziehen können. Das fordert eine gestern lancierte Volksinitiative der Lobby der kinderreichen Familien. Politische Unterstützung hat sie bis jetzt noch kaum.

«Mehr und mehr werden junge Familien mit Kindern durch Steuern und Gebühren in die Nähe der Armutsgrenze getrieben.» Die Schweiz gehöre mittlerweile zu den Ländern mit den schwächsten Geburtenraten. Solange Kinder für viele Paare ein Armutsrisiko seien, werde sich daran nichts ändern, sagte Gerhard Fischer gestern Donnerstag in Bern bei der Präsentation der Volksinitiative «Für die Familie Kinder sichern Zukunft». Mit der Volksinitiative wollen die Initianten deshalb kinderreichen Familien den Rücken finanziell stärken und dazu aufrufen, mehr Kinder in die Welt zu setzen.

Konkret verlangt die Initiative einen Steuerabzug beim Bund von 13 000 Franken pro Kind, was laut Berechnungen des Komitees etwa den durchschnittlichen Kosten entspricht, die ein Kind verursacht. Gefordert werden zudem ein Steuerabzug für Familienarbeit von 15 000 Franken bei der direkten Bundessteuer und die Beseitigung steuerlicher Nachteile für verheiratete Paare gegenüber Konkubinatspaaren. Der Bund soll entsprechende Abzüge auch auf Gemeinde- und Kantonebene vorschreiben. Die Folgekosten der Initiative werden vom Komitee auf rund 1,5 bis 2 Milliarden beziffert.

Lanciert wurde die Initiative von der vor sechs Jahren gegründeten IG «Familie 3plus», einer parteipolitisch unabhängigen Organisation mit rund 1000 Mitgliedern. Im Initiativkomitee vertreten sind Mütter und Väter mit drei bis zehn Kindern. Zum Patronatskomitee gehören etwa die Nationalräte Elvira Bader (cvp, SO), Peter Föhn (svp, SZ), Walter Donzé (evp, BE), Christian Waber (edu, BE) sowie der ehemalige Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen, Otto Piller, und Florence Peiry vom Vorstand der FDP-Frauen.

Man hoffe auf weitere Unterstützung, habe aber noch keine Zusagen von Parteien, sagte gestern IG-Präsidentin Käthi Kaufmann. Das Komitee hat jetzt bis zum 23. März 2005 Zeit, um die nötigen 100000 Unterschriften zu sammeln. Auch das von den Räten verabschiedete Steuerpaket entlastet Familien allerdings vor allem die Besserverdienenden. Gegen dieses Steuerpaket wurde gestern bereits das zweite Referendum eingereicht.

Auch das Steuerpaket sieht Massnahmen wie das Familiensplitting vor, mit dem Ehepaare den Konkubinatspaaren gleichgestellt werden. Abzüge für Kinder werden von 5600 auf 9300 Franken angehoben. Neu können auch Kinderbetreuungskosten abgezogen werden. Die Initianten unterstützen das Steuerpaket als ersten Schritt in die richtige Richtung, dem weitere folgen müssten. Insbesondere wollen sie eine deutlichere Entlastung der Vielkindfamilien auf der Ebene der wesentlich belastenderen Gemeinde- und Kantonssteuern sowie den Steuerabzug nicht auf familienexterne Kinderbetreuung beschränken.

Einheitliche Kinderzulagen

Neben dem Steuerpaket und der gestern lancierten Initiative gibt es jedoch noch weitere Anläufe, Familien finanziell besser zu stellen. Der Gewerkschafts-dachverband Travail Suisse will den Familien mittels Kinderzulagen unter die Arme greifen. Seine Volksinitiative «Für faire Kinderzulagen!» ist bereits zustande gekommen. Die Initiative will einheitliche Kinderzulagen in der Höhe von 450 Franken pro Monat. Heute variieren die Zulagen laut Travail Suisse von Kanton zu Kanton zwischen 150 und 444 Franken; fast 300 000 Kinder bekommen gar keine oder keine volle Zulage. Eine ganze Reihe von Vorstössen mit ähnlichen Forderungen wurden in den Eidg. Räten eingereicht und zum Teil überwiesen. Sie fanden zum Teil Eingang ins Steuerpaket.